

Pressemitteilung



Nr. 37

München, den 6. November 2003

Bayerischer Lehrer-
und Lehrerinnenverband

Postfach 15 02 09
80042 München

Bavariaring 37
80336 München

Tel.: (089) 72 10 01 - 29
Fax: (089) 72 10 01 - 55
presse@bllv.de

www.bllv.de/aktuelles/presse

Pressereferat
Andrea Schwarz, M.A.

Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich ausgebeutet

BLLV-Präsident Albin Dannhäuser zu Stoibers Regierungserklärung:
„Bessere Bildung ist unter schlechteren Bedingungen nicht zu haben“

München – „Mit Wut und Entsetzen nehmen Lehrerinnen und Lehrer zur Kenntnis, dass die Bayerische Staatsregierung die angekündigte Qualitätsoffensive an Bayerns Schulen ausschließlich auf dem Rücken der Lehrerschaft durchziehen will.“ Mit diesen Worten kommentierte der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV), Albin Dannhäuser, die Ankündigungen von Ministerpräsident Edmund Stoiber zur künftigen Schul- und Bildungspolitik in Bayern. „Die Regierungserklärung steckt voll Widerspruch: Bildung soll zwar erfreulicherweise eine hohe Priorität erhalten, gleichzeitig wird jedoch diese Zielvorgabe konterkariert, indem die damit verbundene Last allein Lehrerinnen und Lehrern aufgebürdet wird. Damit wird unser pädagogischer Idealismus rücksichtslos ausgebeutet.“

„Wir Lehrerinnen und Lehrer wollen selbstverständlich bessere Bildungsqualität und sinnvolle Schulreformen. Aber die andauernde Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern zermürbt eine ganze Berufsgruppe“, stellte Dannhäuser fest. Die Gefahr ist groß, dass künftig noch mehr Lehrerinnen und Lehrer früher in Pension gehen müssen, weil sie nach ein paar Jahrzehnten in der Schule psychisch und physisch am Ende sind. Längere Arbeitszeiten werden den Trend vorzeitiger Pensionierungen aufgrund schwerer Erkrankungen verstärken, denn die Belastungsgrenze ist längst erreicht: Viele Lehrerinnen und Lehrer arbeiten bereits auf Teilzeitbasis und verzichten auf Gehalt, weil sie das volle Pensum nicht mehr schaffen. Letztlich zahlen jedoch die Schüler die Zeche: bereits jetzt fallen viele Unterrichtsstunden wegen Lehrermangel aus.

Wenn Lehrer künftig an zwei Nachmittagen an Schulen präsent sein sollen, um Schüler zu betreuen, so handelt es sich um eine weitere Arbeitszeiterhöhung, die über die des öffentlichen Dienstes weit hinausgeht. „Kein noch so guter Pädagoge kann gleichzeitig Kinder betreuen und Unterricht vor- bzw. nachbereiten. „Wer mit Kindern zu tun hat, weiß das sehr genau.“ Die meisten Vollzeitlehrkräfte erteilen bereits jetzt Unterricht am Nachmittag oder betreuen Projekte. „Natürlich gibt es den Bedarf an nachmittäglicher Betreuung und der BLLV fordert seit langem die gezielte und konsequente Förderung von Schülern - zum Nulltarif ist diese aber nicht zu haben.“ Die Anordnung der Nachmittagspräsenz ist kontraproduktiv und demotivierend. Das Argument, mit ihr den Teamgeist von Lehrerinnen und Lehrern zu stärken, ist zynisch. Die Bayerische Staatsregierung unterstellt Lehrerinnen und Lehrern, sich nach 13 Uhr aus dem Schulleben zu verabschieden - „hier wird mit sehr subtilen Mitteln versucht, Stimmung gegen



Lehrer zu machen.“ Sinnvoller als eine für alle verpflichtende Anordnung wäre es zunächst einmal, den jeweiligen Bedarf an den Schulen vor Ort zu ermitteln – und dann zu handeln.

Zu einigen weiteren schulpolitischen Ankündigungen von Ministerpräsident Stoiber äußerte sich BLLV-Präsident Albin Dannhäuser ebenfalls in einer ersten Stellungnahme:

Im Blick auf den Plan, bereits Fünfjährige einzuschulen warnte Dannhäuser vor einem pauschalen Schnellschuss. „Jedes Kind entwickelt sich anders und unterschiedlich schnell. Deshalb ist jeder Einzelfall bei der Schulaufnahme zu prüfen und zu entscheiden.“ Vorrangig sei die intensive Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Grundschule sowie die gezielte Förderung ohne Noten und Auslesedruck.

Ausdrücklich begrüßt werden vom BLLV entschiedene pädagogische Maßnahmen zur individuellen Förderung von leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern. Ziel der nächsten fünf Jahre muss es sein, die Zahl der Klassenwiederholer, Schulabbrecher und Schüler ohne Abschluss drastisch zu reduzieren. Die individuelle Förderung dieser Schüler ist dringend erforderlich zu ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Integration sowie zu ihrer Persönlichkeitsentwicklung.

Bei der Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Schuljahre stellt sich die Qualitätsfrage. Das Ziel eines früheren Berufseintritts entscheidet sich nicht ausschließlich an der Dauer der Schulzeit am Gymnasium, sondern vielmehr an der Dauer der Studienzeiten. Deshalb müssen Hochschulen und Universitäten in die Lage versetzt werden, unter günstigeren Studienbedingungen Studierende zügig zu einem Abschluss zu führen.

BLLV-Präsident Dannhäuser appellierte an die Staatsregierung, die regionale Nähe der Schulaufsicht und Schulverwaltung bedarfsgerecht sicherzustellen. „Die Präsenz der Schulverwaltung als Fach-, Dienst- und Rechtsaufsicht ist entscheidend für die Leistungsfähigkeit und qualitative Entwicklung des Schulwesens.“♦